
10375/AB XXIV. GP

Eingelangt am 02.04.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Verkehr, Innovation und Technologie

Anfragebeantwortung

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag.^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 W i e n

GZ. BMVIT-12.000/0002-I/PR3/2012
DVR:0000175

Wien, am . März 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Maier und GenossInnen haben am 2. Februar 2012 unter der **Nr. 10512/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Tätigkeiten der Fernmeldebehörden – Verfahren im Jahr 2011 gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

- *Wie viele Anzeigen wurden im Jahr 2011 wegen eines Verstoßes gegen das Telekommunikationsgesetz (TKG) bei den zuständigen Fernmeldebehörden erstattet (Aufschlüsselung der Anzahl auf Jahre und auf die einzelnen Fernmeldebüros)?*
- *Wie viele Verfahren wurden im Jahr 2011 geführt (Aufschlüsselung der Anzahl auf die einzelnen Fernmeldebüros)?*
- *Wie viele Verfahren wurden im Jahr 2011 mit Straferkenntnis abgeschlossen (Aufschlüsselung der Anzahl auf die einzelnen Fernmeldebüros)?*
- *Welche Strafen wurden verhängt (von Euro – bis Euro) und welche Einnahmen wurden erzielt (jeweils Aufschlüsselung der Anzahl auf die einzelnen Fernmeldebüros)?*
- *Wie viele dieser Verfahren aus diesen Jahren waren mit 31.12.2011 noch nicht entschieden? Wie viele allein aus dem Jahr 2011 (Aufschlüsselung der jeweiligen Anzahl auf Jahre und auf die einzelnen Fernmeldebüros)?*

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

<u>Frage 1:</u>	<u>Frage 2:</u>	<u>Frage 3:</u>	<u>Frage 4:</u>	<u>Frage 5:</u>
<i>eingelangte Anzeigen</i>	<i>durchgeführte Verfahren abzüglich Übertragungen an andere FBs und Nichteinleitung</i>	<i>abgeschlossene Strafverfahren</i>	<i>verhängte Geldstrafen € (von - bis)</i>	<i>Zum Stichtag 31.12.2011 noch nicht entschiedene Verfahren gesamt (davon aus 2011)</i>
Fernmeldebüro für Oberösterreich und Salzburg				
1175	80	74	16.806,-- (35,- – 3.190,-)	6 (6)
Fernmeldebüro für Steiermark und Kärnten				
898	122	96	25.029,-- (100,- -1.600,-)	21 (21)
Fernmeldebüro für Tirol und Vorarlberg				
613	249	80	17.340,-- (50,- – 700,-)	19 (19)
Fernmeldebüro für Wien, Niederösterreich und Burgenland				
2353	73	49	12.997,14 (100,- – 7.000,-)	24 (17)

Zu den Fragen 6 bis 10:

- *Wie viele Anzeigen wurden im Jahr 2011 wegen des Verstoßes nach § 107 Telekommunikationsgesetz (TKG) bei den zuständigen Fernmeldebehörden erstattet (Aufschlüsselung der Anzahl auf die einzelnen Fernmeldebüros)?*
- *Wie viele Verfahren wurden im Jahr 2011 geführt (Aufschlüsselung der Anzahl auf die einzelnen Fernmeldebüros)?*
- *Wie viele Verfahren wurden im Jahr 2011 mit Straferkenntnis abgeschlossen (Aufschlüsselung der Anzahl auf die einzelnen Fernmeldebüros)?*
- *Welche Strafen wurden dabei verhängt (von Euro – bis Euro) und welche Einnahmen wurden erzielt (jeweils Aufschlüsselung der Anzahl auf die einzelnen Fernmeldebüros)?*
- *Wie viele dieser Verfahren aus den Jahren 2008 bis 2011 waren mit 31.12.2011 noch nicht entschieden? Wie viele alleine aus dem Jahr 2011 (Aufschlüsselung jeweils der Anzahl auf die einzelnen Fernmeldebüros)?*

<u>Frage 6:</u>	<u>Frage 7:</u>	<u>Frage 8:</u>	<u>Frage 9:</u>	<u>Frage 10:</u>
	<i>durchgeführte Verfahren abzüglich Übertragungen an andere FB's und Nichteinleitung</i>	<i>abgeschlossene Strafverfahren</i>	<i>verhängte Geldstrafen (von - bis)</i>	<i>Zum Stichtag 31.12.2011 noch nicht entschiedene Verfahren gesamt (davon aus 2011)</i>
<i>eingelangte Anzeigen</i>				
Fernmeldebüro für Oberösterreich und Salzburg				
925	48	44	5.049,-- (220 – 3.190)	4 (4)
Fernmeldebüro für Steiermark und Kärnten				
710	82	52	15.600,-- (100-1.000)	20 (20)
Fernmeldebüro für Tirol und Vorarlberg				
551	191	34	10.131,-- (80 – 470)	19 (19)
Fernmeldebüro für Wien, Niederösterreich und Burgenland				
1835	64	41	10.947,14 (100 – 7.000)	18 (15)

Zu Frage 11:

- *Welche Maßnahmen wurden durch das Ressort zum Schutz vor internationalen Telefonbetrug der KonsumentInnen auf europäischer Ebene initiiert (siehe EA Grenzüberschreitender Telefonbetrug)?*

Eine Zusammenarbeit mit EU-ausländischen Behörden ist seit der letzten Änderung des Verbraucherbehörden-Kooperationsgesetzes (BGBl. I Nr. 102/2011) möglich und für die Fernmeldebüros unter Federführung des BMASK bereits eingeleitet worden.